Über Gefängnis- und Fürsorgewesen.

Von Direktor Gottlieb Clement-Buchbach (Heffen).

1. Der frühere Gefängnisarzt Dr. J. Wengler z. Zt in Mäsfeld hat in der Münchener medizinischen Wochenschrift (Nr. 36 v. 1905) einen kurzen Aufsatz über: „Notwendigkeit der Bestimmung des spezifischen Körpergewichts bei Mast- und Entfettungskuren“ veröffentlicht, in dem er seine als Strafanstaltsarzt bei der Ernährung der Gefangenen gemachten Erfahrungen verwertet. Der Durchschnittssträfling von normaler Leibesbeschaffenheit mache zwei Stadien durch; im ersten Stadium trete infolge der Ruhe und der reichlich gewährten Gefängnisnahrung Fettansatz ein, gleichzeitig aber schwinde infolge Mangels an freier Bewegung die Muskelsubstanz. Im zweiten Stadium schreite der Schwund der Muskelsubstanz auffällig weiter, und die Fettentwicklung gehe zurück.

Die Bestimmung des absoluten Gewichts gäbe daher keinen Aufschluß darüber, ob die Gewichtsänderung ein gutes oder schlechtes prognostisches Zeichen sei, vielmehr müsse das spezifische Gewicht des Körpers bestimmt werden, um Aufschluß zu erhalten, ob der Körper an lebenswichtigem Gewebe oder nur an dem als reiner Ballast in Betracht kommenden Fett zugenommen habe.

2. Ausnutzung einer protein- und fettreichen bezw. -armen Kost beim Menschen. Von Prof. Dr. J. König in Münster i W.¹⁾

Nachdem die Frage der Kostregelung für die Gefängnisse von der Tagesordnung der Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten zu Stuttgart abgesetzt worden war, wurden auf Anordnung des kgl. Preuß. Ministeriums des Innern bei der Strafanstalt Moabit unter Leitung des Prof. Dr. Rubner und des Anstaltsarztes Medizinalrat Dr. Leppmann und in der Strafanstalt Münster unter Leitung des Prof. Dr. König und des Anstaltsarztes Dr. Pollitz Versuche angestellt, die den Zweck verfolgten, festzustellen, ob die in den Strafanstalten verabreichte Kost für die Ernährung der Sträflinge ausreiche. In Münster wurden drei mit ziemlich anstrengender Arbeit beschäftigte Gefangene ausgewählt, die die übliche Anstaltskost erhielten. Alle aufgenommenen Nahrungsmittel wurden auf ihre Nährwerte und ebenso die Ausscheidungen im Laboratorium untersucht, um die Ausnutzung der verabreichten Nahrung festzustellen. Zugleich wurden durch sorgfältige Wägungen die Gewichts-Zu- und Abnahme, sowie der Gesundheits- und Kräftezustand der Gefangenen während der Versuchsperiode untersucht.

¹⁾ Blätter für Gefängnisfunde, Bd. 39 S. 118—147.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist in dem streng wissenschaftlich gehaltenen Aufsatze, dem Übersichten und Tabellen in größerer Zahl beigelegt sind, mitgeteilt.

3. Zur Geschichte des Strafvollzugs in Kurhessen. Von Strafanstaltsdirektor Fliegenschmidt, früher in Wehlheiden, 3. Jt. in Dölebshausen²⁾.

In Kurhessen hat man sich, trotz verschiedener Anläufe ein zeitgemäßes Strafgesetz zu schaffen, bis zum Jahre 1866, bis zur Einverleibung in den Preuß. Staat mit der gemilderten Carolina beholfen. Dem Stande des Strafrechts entsprach auch der Strafvollzug; derselbe war ebenfalls rückständig. Es fehlte an geeigneten Gefängnissen, an geeigneter Beschäftigung für die Gefangenen, und Fürsorge für die Entlassenen wurde weder von der weltlichen Behörde, noch von der Kirche, noch von der Gesellschaft geübt.

Als Disziplinarstrafe kam fast ausschließlich die Prügelstrafe zur Anwendung, auch gegen Frauen und gegen Jugendliche. Für diese war im Strafhaufe am schlechtesten gesorgt. In den Berichten der durch Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgezeichneten Strafanstaltsbeamten werden die Schäden offen dargelegt und zeitgemäße Reformvorschläge gemacht; der Regierung fehlte es aber nicht nur an den Mitteln, sondern auch an dem guten Willen und der nötigen Energie, durchgreifende Verbesserungen einzuführen. Man kam eben in Kurhessen über das Projektmachen nicht hinaus.

Die Abhandlung stützt sich auf die im Staatsarchiv zu Marburg befindlichen Akten und liefert einen interessanten Beitrag zur Geschichte des Strafvollzugs für die Zeit vom Jahre 1816 bis 1866.

4. Eine ausführliche Beschreibung des der Kgl. Preuß. Justizverwaltung unterstehenden, zur Vollstreckung von Gefängnisstrafen an männlichen und weiblichen (jugendlichen und erwachsenen) Verurteilten bestimmten Zentralgefängnisses zu Bochum³⁾ liefert Thun, Gefängnisinspektor in Memel. Die Gesamtzahl der Hafträume beträgt 726, in denen 756 Gefangene untergebracht werden können. Für 38 Unterbeamte, 3 Inspektoren, 2 Geistliche und den Direktor sind Wohnungen vorhanden.

Die Gesamtkosten der ganzen Anlage betragen 1 870 000 Mk., somit der Haftraum für den einzelnen Gefangenen 2473,55 Mk., wobei zu berücksichtigen ist, daß sämtliche Maurer- und sonstigen Handwerksarbeiten von freien Arbeitern ausgeführt wurden. Die Kosten belaufen sich etwas höher als die in den gleichen Jahren (1891—1897) von dem Ministerium des Innern ausgeführten Neubauten, bei denen vorzugsweise Gefangenearbeit verwendet wurde.

5. Über Lehrkurs für Gefängniswesen in Preußen, Veranstaltet vom Kgl. Ministerium des Innern, schreibt Pfarrer Limberg von Anrath⁴⁾. Der Lehrkurs fand statt in der Zeit

²⁾ Blätter für Gefängnisfunde, Bd. 39 S. 78—110.

³⁾ Das. S. 228—251.

⁴⁾ Blätter für Gefängnisfunde, Bd. 39 S. 289—308

vom 15. bis 26. Mai in Düsseldorf unter der Leitung des Geh. Oberregierungsrats Dr. Krohne. Besichtigt wurde das Zellengefängnis Düsseldorf-Verendorn, das Zuchthaus in Werden, das Gefängnis in Elberfeld, das im Bau begriffene Gefängnis in Lüttringhausen, das neueröffnete Gefängnis zu Anrath bei Crefeld, das Gefängnis zu Köln und die damit verbundene Irrenabteilung, die Provinzial-Korrektionsanstalt zu Brauweiler, die Erziehungsanstalt Lienenhof bei Kaiserswert und das Vinzenzhaus zu Düsseldorf.

Eröffnet wurde der Kursus mit einem grundlegenden Vortrag des Kursleiters über: „Zweck des Kursus. Umfang und Ursache des Verbrechens, verbrecherische Personen und Geographie des Verbrechens“, der noch über folgende Themata referierte: „Strafvollzug und Strafsysteme“, „Gefängnisbeamte, ihre Aufgabe, Auswahl, Vorbildung, Ausbildung, Fortbildung“ und über „Deportation“.

Professor Heimberger (Bonn) sprach über: „Strafzweck und Gefängniswesen“, Professor Rosenfeld (Münster) über: „Die Ausgestaltung der Freiheitsstrafe in neuesten Strafgesetzbüchern und Entwürfen“, Geh. Oberbaurat Saal über: „Gefängnisbau“, Anstaltsgeistlicher Dr. von Rohden über: „Seelsorge und Unterricht“, Strafanstaltsdirektor Dr. Finkelnburg über: „Behandlung der Gefangenen, Individualisierung, Disziplin und Disziplinarstrafen“, Anstaltsarzt Dr. Eschweiler (Düsseldorf) über „Allgemeine Gefängnis-hygiene, besondere körperliche Krankheit der Gefangenen“, Dr. Bollig von der Strafanstalt und Irrenabteilung in Münster über: „Geisteskrankheit und Verbrechen“, Landesrat Schmidt (Düsseldorf) über: „Fürsorgeerziehung als Ersatz und Ergänzung der strafrechtlichen Behandlung der Jugendlichen“ und Pfarrer Classen (Düsseldorf) über: „Fürsorge für Entlassene“.

Die Diskussion nach den Vorträgen war stets eine ungemein rege.

Limberg gibt den Inhalt der durchweg hervorragenden Vorträge (denen der Schreiber dieses beiwohnen durfte) mit anerkennenswerter Treue im Auszuge wieder, doch wäre es wünschenswert, wenn dieselben in besonderem Druck oder in einer Fachzeitung in extenso erscheinen würden.

6. Über Seelsorge an Untersuchungsgefangenen sprach Dr. H. F. Benecke in Hamburg auf der 75. Jahresversammlung der Rheinisch-Westphälischen Gefängnis-Gesellschaft⁵⁾. Er vertrat die Ansicht, daß, wie der Strafgefangene, ebenso auch der Untersuchungsgefangene der persönlichen Seelsorge bedürfe, für deren Ausübung Benecke auf Grund reicher Erfahrung bedeutungsvolle Winke gab, dabei betonend, daß aus verschiedenen Gründen der Seelenzustand des Untersuchungsgefangenen von dem des Strafgefangenen wesentlich verschieden sei. Das Verhalten des Geistlichen dem geständigen und dem seine Schuld ableugnenden Untersuchungsgefangenen gegenüber,

⁵⁾ 76. Jahresbericht der Rhein.-Westphäl. Gefängnisgesellschaft, S. 108 bis 120.

wie der Verkehr mit dem Untersuchungsrichter wurden eingehend erörtert.

Bei der Diskussion wurde festgestellt, daß der Referent eigentlich nur die seelsorgerische Arbeit im Zellengefängnis berücksichtigt habe, und daß es unendlich viel schwieriger da sei, wo Untersuchungsgefangene in größerer Zahl, z. B. ohne Arbeit in gemeinsamer Haft gehalten würden.

Die Leitsätze fanden in folgender Fassung Annahme:

- 1) Der Untersuchungsgefangene bedarf mindestens ebenso sehr der persönlichen Seelsorge wie der Strafgefangene. Daher ist es notwendig, daß selbständige Pfarrämter für die größeren Untersuchungsgefängnisse errichtet werden.
- 2) Es ist notwendig, daß im Untersuchungsgefängnisse, wenn irgend möglich, sonntäglich Gottesdienst abgehalten wird, und daß die Einrichtungen derartig getroffen werden, daß jeder Untersuchungsgefangene, welcher den Wunsch hat, die Kirche zu besuchen, Zutritt erhalten kann.

7. Auf der gleichen Versammlung sprach Geh. Reg.-Rat Klausener in Düsseldorf über das Thema: „Die Tätigkeit der Fürsorgevereine“. In dem knapp gehaltenen Vortrage lieferte er in klarer und übersichtlicher Weise einen Überblick über die Arbeit der Rhein.-Westfäl. Gefängnisgesellschaft auf dem weitverzweigten Gebiete der Fürsorge, dabei mit Recht den Grundsatz zur Geltung bringend, daß es sich bei der Arbeit der Fürsorgevereine um persönliche Arbeit handele. Die Leitgedanken des interessanten Vortrags waren in folgende Übersicht zusammengefaßt:

Die Tätigkeit der Gefängnisvereine umfaßt die Gebiete der Verbrechensprophylaxe, der Vorfürsorge während der Haft und der Schutzfürsorge nach der Entlassung.

1. Die Prophylaxis betätigt sich in Darbietung von Arbeitsgelegenheit durch Wanderarbeitsstätten, Schreibstuben, Arbeiterkolonien; ferner durch Unterbringung Gefährdeter in Trinkerheilanstalten, Asyls (Mädchenfürsorgeheimen) durch die Bahnhofsmission und ähnliche Einrichtungen bewahrender Art. Auch an der Erforschung der Verbrechensursachen und entsprechenden statistischen Arbeiten können sich die Vereine erfolgreich beteiligen.
2. An der Fürsorge während der Haftzeit wirken die Vereine mit
 - a) durch Entsendung ihrer Vertreter in die Ortsgefängnisse zum persönlichen Verkehr mit den Schützlingen, in engster Fühlung mit dem Anstaltsvorstand und dem betreffenden Geistlichen;
 - b) durch Beratung und Unterstützung der Familien Inhaftierter;

⁶⁾ 76, Jahresbericht der Rhein.-Westfäl. Gefängnisgesellschaft, S. 142 bis 154.

- c) durch Fürsorge für das Eigentum Inhaftierter.
3. Die Schutzfürsorge an Entlassenen wird ausgeübt
- a) vor allem durch geeignete Unterbringung (nicht bloß Arbeitsvermittlung) zumal jugendlicher und weiblicher Personen in Anstalten oder bei zuverlässigen Pflegern und Arbeitgebern, Empfehlung an gute Vereine usw.;
 - b) durch entsprechende Verwaltung der Arbeitsprämie;
 - c) durch Beschaffung von zunächst evtl. nur vorläufiger Arbeitsgelegenheit, namentlich auch zur Abwehr arbeits-scheuer Schmarotzer.

8. Auf der gleichen Versammlung referierte Pfarrer Tummer (Wittlich) über das Thema: „Die Bedeutung der Geständnisse der Gefangenen für die Seelsorge“. Die Ausführungen des Referenten und der Inhalt der Diskussion läßt sich etwa in folgende Sätze zusammenfassen: Der Geistliche kann, vom Sakrament der Beichte abgesehen, den Gefangenen zu einem Geständnis nicht verpflichten. Aus Gründen der Seelsorge ist ein solches zu erstreben. Zur Herbeiführung des Geständnisses hilft vorzugsweise das Vertrauen des Gefangenen zum Seelsorger (dessen Korrelat die sorgfältige Wahrung der Amtsverschwiegenheit auf seiten des Geistlichen ist) und die Erweckung der Bußgesinnung im Gefangenen. Auch der Ungeständige ist nicht zu vernachlässigen, sondern mit großer Vorsicht seelsorgerisch zu behandeln.

9. Bijdragen tot de Statistiek van Nederland. Uitgegeven door het Centraal Bureau voor de Statistiek. Statistiek van het Gevangniswezen over het jaar 1903. 'S-Gravenhage Gebr. Belinfante. 1905. XLIX u. 146. Außer einer längeren Einleitung gibt die Statistik auf 18 zum Teil sehr umfangreichen Tabellen Auskunft über die Gefängnisgebäude, über das Beamtenpersonal, über das Gefangenenpersonal und Bewegung desselben, über die Zahl der Gefangenen im Jahre 1903 und ihre Verteilung auf die einzelnen Anstalten, über die Verteilung der Gefangenen nach ihrem religiösen Bekenntnis, über Schule und Bücherei, über die Führung der Gefangenen und die Disziplinarstrafen, über den Arbeitsbetrieb für den Staat und für Private (wobei die Mannigfaltigkeit der eingeführten und betriebenen Gewerbe vorteilhaft auffällt), über Arbeitsbelohnung, über verfügbares Pektulium, Gutschrift und Verwahrung des Pektuliums, über die ökonomischen Verhältnisse der entlassenen Gefangenen, ihre Arbeitsfähigkeit und die ihnen verschaffte Arbeitsgelegenheit, über den Gesundheitszustand in den einzelnen Gefängnissen, über die Natur der Krankheiten und die Todesfälle, über die Schulgefangnisse, über die Schule, den gewerblichen und Religionsunterricht in den staatlichen Erziehungsanstalten für Knaben, über Haushaltungs- und Handarbeitsunterricht in staatlichen Erziehungsanstalten für Mädchen, das Betragen der Pfleglinge, ihre Entlohnung und ihre ökonomischen Verhältnisse.

10. Statistik über die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen für das Rechnungsjahr 1903. Berlin, 1905. Gedruckt in der Reichsdruckerei. 211 S. Dieselbe ist ähnlich eingerichtet und geordnet, wie die von dem Kgl. Preuß. Ministerium des Innern über die ihm unterstellten Strafanstalten und Gefängnisse herausgegebene Statistik. Es ist dankbar zu begrüßen, daß die Kgl. Preussische Justizverwaltung sich entschlossen hat, eine Statistik herauszugeben, weil man erst jetzt einen Überblick über die gesamte Zahl der Gefangenen, das Gefangenpersonal und die Bewegung desselben, über die genehmigten und zurückgewiesenen Anträge auf vorläufige Entlassung und das Fürsorgewesen gewinnt.

Die 1049 Gefängnisse mit einer Durchschnittsbelegung von rund 33 361 Köpfen sind in 4 Gruppen — 13 mit einer Belegungsfähigkeit von mehr als 400 Köpfen, 78 mit einer solchen von mindestens 100 Köpfen, 70 mit einer solchen von 50—100 Köpfen und 888 mit einer solchen von weniger als 50 Köpfen — eingeteilt und je nach ihrer Größe und Bedeutung mehr oder weniger ausführlich behandelt.

Von 409 zur Entscheidung des Justizministers gebrachten Anträgen auf vorläufige Entlassung wurden 243 bewilligt und 166 abgelehnt. Davon kommen auf die Verwaltung des Innern 263 Anträge, von denen 140 bewilligt und 123 abgelehnt wurden. Ein Widerruf der Bewilligungen hat in 3 Fällen stattgefunden, und zwar wegen Zuwiderhandelns gegen die auferlegten Beschränkungen.

11. Über „Das Gefängniswesen Hamburgs“ hat Direktor Dr. Gennat kurze, aber recht interessante Mitteilungen (35 S. und 2 Pläne) veröffentlicht, weil das Bedürfnis nach einer derartigen Zusammenstellung aus Anlaß vieler Besuche und mancherlei Anfragen schon länger hervorgetreten sei. In knapper und doch übersichtlicher und erschöpfender Weise wird Aufschluß gegeben über die Aufsichtsbehörden, die Beamten, die Baulichkeiten, den landwirtschaftlichen Besitz und die Viehhaltung, die Gefangenen, deren ärztliche Abwartung, geistige und geistliche Pflege, deren Beföstigung, Bekleidung und sonstige Ausrüstung, ihre Beschäftigung und disziplinäre Behandlung, sowie über Fürsorge.

12. Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger (Gesetz vom 2. Juli 1900) und über die Zwangserziehung Jugendlicher (§ 56 StGB.) für das Rechnungsjahr 1904, bearbeitet im Kgl. Preussischen Ministerium des Innern. Berlin, Druckerei der Strafanstaltsverwaltung 1906. LXXXVII und 197 S. und 2 Blatt Zeichnungen von den dem Provinzialverbände von Schlesien gehörigen Erziehungsanstalten in Grottkau und Wohlau.

Die Statistik enthält im Abschnitt A das Gesetz über die Fürsorgeerziehung vom 2. Juli 1900 nebst Ausführungsbestimmungen, den Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktober 1895, allgemeine Verfügungen, den Personalbogen (Muster) und den hochinteressanten Vorbericht; im Abschnitt B die Berichte der Kommunalverbände und Oberpräsidenten,

Gerichtserkenntnisse (darunter das Urteil des Reichsgerichts vom 19. Oktober 1905 bezüglich der Beitragspflicht des Staates zu den Kosten der allgemeinen Verwaltung), Erlasse, Veränderungen zu dem in der Fürsorgestatistik für 1903 abgedruckten Verzeichnisse der Erziehungsanstalten und im Abschnitt C 27 statistische Tabellen.

Der Vorbericht stellt die Worte des österreichischen Staatsmanns Dr. Bärnthner aus dessen Abhandlung „Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika“ (Leipzig, Dunder & Humblot, 1905): „Jugendfürsorge und Jugendstrafrecht sind kein isoliertes Problem der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern Kulturaufgaben, Aufgaben der Erziehungspolitik, der Entwicklung der Volksmoral und Volksgesundheit“ an die Spitze, um sodann zu betonen, daß die Fürsorgeerziehung nicht die einzige Maßregel sei, um die gefährdete Jugend vor Verwahrlosung zu behüten, daß neben ihr staatliche und gesellschaftliche Organe an dieser Aufgabe mitzuarbeiten haben.

Das Gesetz hat Klarheit geschaffen über den Umfang und die Ursachen der Jugendverwahrlosung. Der Umfang ist größer als man nach den Zahlen der Statistik anzunehmen geneigt ist. Die Ursache der Verwahrlosung der Kinder sind gestörtes oder gerrüttetes Familienleben; in durchschnittlich 45 pSt. der Familien, aus denen die Zöglinge stammen, waren ein oder beide Elternteile gerichtlich bestraft. Daher muß der Staat Maßregeln zum Schutze der Kinder treffen, deren Eltern er straft. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England und seinen Kolonien Kanada und Australien schreiben die Jugendgesetze die öffentliche Fürsorge für Kinder solcher Eltern, die im Gefängnis sind, ausdrücklich vor, für Preußen wäre zum mindesten eine Mitteilung des Strafrichters an den Vormundschaftsrichter notwendig. Die Einrichtung besonderer Jugendgerichtshöfe wird verlangt. Großstädte und Industriezentren wirken besonders verderblich auf die Jugend, 70,4 pSt. der Zöglinge stammen aus den größeren Gemeinden. Die Wohnungsnot trifft die Kinder am härtesten; aber auch die Lohnfragen und Lohnkämpfe greifen verderblicher in das Leben der Kinder ein, als in das der Erwachsenen. Auf die Frage nach dem Erfolg des Gesetzes muß man die Antwort vorerst schuldig bleiben; man muß sich daran genügen lassen, daß mehr als 25 000 Zöglinge aus schlechten, verderbenden Verhältnissen in eine Umgebung gebracht sind, in der sie gesunden können. Trotz der rund 6 Millionen betragenden Jahreskosten ist die Fürsorgeerziehung auch finanziell kein schlechtes Geschäft, wenn man bedenkt, welchen Schaden 25 000 gesellschaftsfeindliche und gefährliche Menschen im Laufe ihres Lebens anrichten. Die durch das Erkenntnis des Bundesamts für das Heimatwesen vom 23. Oktober 1903 gestützte Auffassung der Armenverwaltung, wonach in Preußen der Armenverband keinerlei Anwendung zu machen braucht, die lediglich für Zwecke der Erziehung notwendig werden, wird reprobirt. Die Klagen, daß das gerichtliche Verfahren zu umständlich und zu langdauernd sei, werden anerkannt;

Abhilfe davon erwartet, daß die Vormundschaftsgerichte von der vorläufigen Unterbringung häufigeren Gebrauch machten. Wenn auch günstige Ergebnisse bei älteren Zöglingen zu verzeichnen sind, so sind die Klagen über die Schwierigkeiten, welche die erzieherische Behandlung dieser vielfach sittlich und sozial verdorbenen Zöglinge bereitet, nur zu begründet. Ob es richtig sei, auch bei den älteren Zöglingen die freie Bewegung auf das Engste zu beschränken, Zöglinge, die aus industriellen Kreisen stammen und nach erreichter Volljährigkeit dahin zurückkehren, in ländliche Verhältnisse und zu ländlicher Arbeit zu zwingen, möge dahingestellt bleiben, jedenfalls seien die Versuche, ihnen eine gewisse Freiheit der Bewegung in der Erlangung und Auswahl ihrer Arbeit zu gewähren, sie nicht in Familien unterzubringen, sondern ihnen Unterkunft in Jugend-, Lehrlings- oder Gesellenheimen zu sichern, die ganze Aufsicht über sie mehr vormundtschaftlich als erzieherisch zu gestalten, der Beachtung wert.

Auch der von der Stadt Berlin gemachte Versuch, Fürsorgezöglinge dem Schiffsdienste zuzuführen, verdiene sorgfältige Erwägung. Zu den Gesamtkosten des Jahres 1904 mit 5 978 021 Mk. hat der Staat 3 802 363 Mk. zugehoben.

13. Die Vorschriften über Verwaltung und Strafvollzug in den preussischen Justizgefängnissen. Gesammelt und erläutert von Alexander Klein, Direktor des Strafgefängnisses in Tegel, Amtsrichter a. D. 1905. Berlin, Franz Bahlen. 535 S.

Die Grundsätze des Bundesrats für den Vollzug gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen führten zu dem Erlaß der Gefängnisordnung für die Justizverwaltung vom 21. Dezember 1898 und der Ausführungsverfügung dazu vom 27. Dezember des gleichen Jahres. Hat die Verwaltung der preussischen Justizgefängnisse dadurch eine durchgreifende Änderung erfahren, so ist auch die Hauptdienstvorschrift, die Gefängnisordnung selbst, von dem Wechsel der Zeiten und Anschauungen nicht verschont geblieben, sondern ist durch die inzwischen erlassenen zahlreichen und umfangreichen, erläuternden und ergänzenden Bestimmungen in erheblichen Teilen nicht unwesentlich modifiziert worden. Da die vorhandenen Hilfsmittel, Wulff, „die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen“ und die das Gefängniswesen behandelnden Abschnitte des Systems von Müller „die preussische Justizverwaltung“ aus dem Jahre 1900 und 1901 stammen, so war es gewiß ein glücklicher Gedanke die für die Justizverwaltung Preußens zur Zeit maßgebenden Bestimmungen in einem dem praktischen Gebrauch dienenden Handbuche zusammenzustellen. Diese Aufgabe hat der Verfasser mit staunlichem Fleiße in der schönsten Weise gelöst, indem er das umfangreiche Material sichtigend und veraltete Bestimmungen ausscheidend, die jetzt gültigen ministeriellen Erlasse den einzelnen Paragraphen der Gefängnisordnung in Form von Anmerkungen anfügte. Dadurch hat das Buch ganz entschieden an Übersichtlichkeit gewonnen, umsomehr, als einige besonders umfangreiche Bestimmungen und Erläuterungen dem Kommentar als Anlagen angefügt sind. Die Brauch-

barkeit des Buches wird aber besonders dadurch erhöht, daß alle Vorschriften im Wortlaut, nicht abgekürzt wieder gegeben sind, wie anderseits ein Vorzug desselben darin besteht, daß nicht nur die Literatur, sondern auch die Rechtsprechung berücksichtigt ist. Einige Materien, so z. B. die des Gefangenentransportwesens sind besonders ausführlich behandelt.

Der erste Abschnitt, die Einleitung, enthält eine Erläuterung der einschlägigen strafprozessualen Bestimmungen und die Grundsätze des Bundesrates über den Vollzug der Freiheitsstrafen, der zweite die Gefängnisordnung mit Kommentar, der dritte 16 Anlagen, darunter Muster zur Gefängnisordnung, Entwürfe zu Dienstordnungen für Unterbeamte und besonderen Verhaltensmaßregeln für Gefangene, Anleitungen zur Ausbildung von Anwärtern für den mittleren Gefängnisdienst und den Aufseherdienst und dergl. mehr.

Ein Verzeichnis der Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und ein zuverlässiges Sachregister sind beigelegt.

Das Buch wird sicher nicht nur bei den preussischen Strafvollzugsbeamten, Staatsanwälten und Richtern, sondern auch bei allen anderen deutschen Juristen und Verwaltungsbeamten, die mit dem Strafvollzuge direkt oder indirekt beschäftigt sind, als ein wertvolles Hand- und Nachschlagebuch die gebührende Würdigung und Anerkennung finden.

14. The Journal of Prison Discipline and Philanthropy published annually under the Direction of „The Pennsylvania Prison Society“. January 1905. Office: State House Row S. W. Conner Fieth and Chessnut Streets Philadelphia, P. A. 64 S. und 3 Abbildungen, enthält den von dem General-Sekretär John J. Lytte der Pennsylvania Prison Society erstatteten umfangreichen 118. Jahresbericht, in dem die auf dem Gebiete der Fürsorge von Männern und Frauen entwickelte Tätigkeit und Erfolge beleuchtet werden.

Es folgen sodann Berichte über die Beratungen auf dem im Oktober 1904 in Quincy (Illinois) abgehaltenen National Prison-Kongreß, an dem 175 Mitglieder und die Delegierten von 27 Staaten, (darunter auch von Kanada, England und Japan) teilgenommen haben. Die auf der allgemeinen Versammlung und in Spezialkonferenzen erstatteten Berichte sind im Auszug wiedergegeben. Der in der Spezial-Konferenz der Ärzte gemachte Vorschlag, ein Gesetz zu erlassen, nach dem die Unverbesserlichen getötet werden dürfen, fand nicht den Beifall der Versammlung. Der Raum verbietet, auf die interessanten, lehrreichen Verhandlungen näher einzugehen.